

# Stabilität im globalen Finanzmarkt -

## Stopp den Steuerfluchtplätzen von Liechtenstein bis Cayman Island!

Switch off Offshore - Stop tax evasion and money  
laundering!

*Die sogenannten Offshore-Standorte der Finanzindustrie, also Kleinstaaten oder scheinsoveräne Enklaven, in denen kaum oder gar keine Gewinn-Steuern für Tochterfirmen ausländischer Unternehmen erhoben werden, sind die zentrale Schwachstelle des derzeitigen Systems der global vernetzten Finanzmärkte.*

Von Hongkong bis Cayman Island, von Liechtenstein bis zu den Kanal-Inseln haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten rund zwei Dutzend solcher kleinstaatlicher Territorien zu prosperierenden Fluchtplätzen für Steuerkriminalität und Geldwäsche-Zentren der organisierten Kriminalität entwickelt. Nach Schätzungen von Fachleuten des Internationalen Währungsfonds wird mittlerweile das Anlagemanagement für Vermögen im Umfang von rund fünf Billionen (5.000.000.000.000) US-\$ formal über solche Offshore-Zentren abgewickelt. Diese Summe entspricht etwa dem zweieinhalbfachen der bundesdeutschen Wirtschaftsleistung pro Jahr oder dem vier- bis fünffachen der weltweiten Jahresumsätze mit Rohöl. Das bedeutet, bei einer unterstellten Jahresrendite von 10 Prozent, dass auf diesem Wege Gewinne und Einkommen in Höhe von 500 Milliarden Dollar jährlich der Besteuerung entzogen werden. Allein dem deutschen Fiskus entgehen damit nach Schätzungen des Bundesamtes für Finanzen und der deutschen Steuergewerkschaft Einnahmen in Höhen von 15 bis 50 Milliarden Mark Einnahmen jährlich.<sup>1</sup>

Über die Steuerflucht hinaus verursacht die Offshore-Anarchie zwei weitere gravierende und noch stetig wachsende Probleme:

1. Weil Geld keine Fahnen trägt und Schwarzgeld von Steuerflüchtigen grundsätzlich nicht vom Geld aus kriminellen Aktivitäten zu unterscheiden ist, sind ausnahmslos alle Offshore-Zentren zugleich Drehscheiben für die Geldwäsche transnational organisierter Verbrechens-Kartelle. Die enorm großen Bestände getarnten kriminellen Kapitals verursachen "eine inhärente Instabilität der Weltwirtschaft" und könnten bei schneller Verschiebungen zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden führen, urteilte bereits 1996 der Steuerexperte des IWF, Vito Tanzi.
2. Daneben bietet die Mehrzahl der Offshore-Zentren einen weiteren Standortvorteil: Die Gesetze und Prüfungspflichten, mit denen die großen Industriestaaten Geld- und Kapitalgeschäfte aller Art regulieren, um die Verbraucher zu schützen und Zusammenbrüchen von Banken und Versicherungen sowie Investmentfonds zu verhindern, werden entweder gar nicht erst in das nationale Recht der politisch oft schwachen Kleinstaaten übernommen oder nicht wirklich angewandt und überprüft. Darum wickelt die Finanzindustrie systematisch all jene Geschäfte und Anlage-Konstruktionen, die andernorts

---

Weil diese mit Billigung der baden-württembergischen Finanzverwaltung die Holding ihrer Firma auf die Bermudas verlegt hatte, entgingen dem Fiskus Einnahmen in Höhe von rund acht Milliarden Mark, die für den Verkaufserlös in Höhe von 18 Milliarden Mark infolge der Mobilisierung von bislang un versteuerten stillen Reserven fällig gewesen wären.

<sup>1</sup> Spektakulär war etwa der Verkauf der Firma Boehringer Mannheim an den Pharma-Konzern Hoffmann-La-Roche durch die Familie Engelhardt.

nicht erlaubt sind, über ihre Offshore-Filialen ab.

Damit wurden die Offshore-Zentren zu einer entscheidenden Ursache für die wachsende Instabilität des globalen Finanzsystems. Drei Beispiele:

1. Der katastrophale Zusammenbruch des Yamaichi-Trusts in Japan im Jahr 1997, der tausende Japaner um ihre Jobs und/oder ihre Ersparnisse brachte, ging im wesentlichen darauf zurück, dass Yamaichi-Manager über eine Filiale in der Karibik spekulative Anlagen tätigten, die in Japan illegal gewesen wären. Nur so war es auch möglich, jahrelang die aufgelaufenen Verluste jenseits aller öffentlichen Bilanzierung geheim zu halten.
2. Die spekulativen Attacken auf den thailändischen Baht, mit denen die Asienkrise begann, wurden in erster Linie über eine "Offshore-Facility" abgewickelt, welche die thailändische Regierung eigens in Bangkok eingerichtet hatte, um die Finanzindustrie ins Land zu holen.
3. Der spektakuläre Zusammenbruch des Super-Fonds "Long Term Capital Management" (LTCM), der im Herbst 1998 die Welt an den Rand einer globalen Finanzkatastrophe führte, ging darauf zurück, dass es dessen Managern gestattet war, ihre Firma formal in Cayman Inland registrieren zu lassen, wo ihre hochgradig kreditfinanzierte Investment-Strategie anders als in den USA legal war. Der weltweite Crash konnte nur abgewendet werden, weil die US-Notenbank über Nacht ein (eigentlich auch illegales) Kartell der 20 führenden Finanzkonglomerate schmiedete, das mit vier Milliarden Dollar die Liquidität von LTCM wiederherstellte.

All diese Entwicklungen wären nicht möglich, wenn die großen Industriestaaten die Offshore-Anarchie nicht seit Jahrzehnten stillschweigend geduldet hätten und noch immer dulden würden. Nicht die Regenten der beteiligten Operettenstaaten sind die Schuldigen, sondern die Regierungen in Westeuropa, Japan und Nordamerika, die dem Treiben tatenlos zusehen. Physisch gesehen sind die Offshore-Zentren nichts anderes als exterritoriale Gebiete

auf den Festplattenspeichern der Computer-Netze der Finanzindustrie. Der wesentliche Teil der Arbeit mit dem offshore angelegten Kapital wird ganz legal an den großen Finanzplätzen London, New York, Tokio, Singapur, Hongkong und Frankfurt erledigt. Darum sind etwa in Cayman Island, einem britischen Territorium mit Steuersouveränität und gerade mal 15.000 Einwohnern zwar offiziell 500 Banken und noch ein Vielfaches davon an Fonds und Versicherungen registriert, darunter auch alles, was in der deutschen Finanzbranche Rang und Namen hat. Aber 99 Prozent dieser Institute verfügen vor Ort nur über ein Messingschild in einem der Treuhänderzentren, wo die Formalien abgewickelt werden.

Hinter dieser stillschweigenden Duldung stand somit lange Zeit das augenzwinkernde Einverständnis der politischen und ökonomischen Eliten, dass es den Besitzern größerer Kapitalvermögen erlaubt sein muß, ihre Anlagen und Strategien außerhalb der ansonsten geltenden Gesetze abzuwickeln. Doch dieses Verhalten führte in den vergangenen Jahren zu wachsenden Widersprüchen:

- Im Gefolge der Asien- und Rußlandkrise gerieten die hochspekulativen Hedge-Fonds unter Druck. Die Europäer, namentlich der damalige Bundesbank-Chef Tietmeyer forderte eine engere Regulierung der Aktivitäten solcher Fonds - ein Vorschlag, den das US-Finanzministerium zunächst guthieß, dann aber auf Druck der Wall-Street-Gemeinde, die traditionell eng mit der US-Regierung personell verflochten ist, wieder verwarf.
- Die Steuerfreiheit auf Kapitaleinkommen für Ausländer in der Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg und den britischen Kanalinseln sowie der Londoner City ist ein zentraler Konfliktpunkt innerhalb der Europäische Union geworden. Der Druck auf Großbritannien, seine Territorien und die Abwicklung internationale Anleihen ("Euro-Bonds") der Besteuerung zu unterwerfen wächst.
- Fast alle EU-Länder sind in den letzten Jahren von Skandalen um Parteispenden und persönliche Bereicherung von Politikern

erschüttert worden, die stets eng mit Finanzgeschäften in der Schweiz, Liechtenstein oder den Kanalinseln verbunden waren. Der aktuelle CDU-Skandal hat noch einmal die Bedeutung des Fluchtplatzes Schweiz und dort wiederum des von Steuerfahndern und Bankaufsehern vielfach beklagten "Schwarzen Lochs" Liechtenstein drastisch demonstriert.

Vor diesem Hintergrund war die Zeit noch nie günstiger als heute, um politisch gegen die Offshore-Anarchie Front zu machen. Offensichtlich gibt es weder eine demokratische Legitimation noch eine rationale Begründung für den Fortbestand dieser rechtsfreien Räume im globalen Kapitalmarkt. Damit sind die Offshore-Zentren die am weitesten offene Flanke der Finanzindustrie, ihr wunder Punkt, dessen Ungerechtigkeit auch einer großen Zahl von Menschen leicht zu vermitteln ist.

Die Gerechtigkeitsfrage spricht neben dem verärgerten Lohnsteuerzahler Kirchenleute und Gewerkschafter an, die Legalitätsfrage ist für viele Anwälte, Richter und Politiker ein Stein des Anstoßes, die Stabilitätsfrage ist für viele Unternehmer ein Reizpunkt, jedenfalls dann, wenn ihre Exportgeschäfte regelmäßig betroffen sind.

Die Haupt-Forderung lautet:

**Stillegung der Steuerfluchtplätze zumindest innerhalb Europas und ihrer abhängigen Territorien in der Karibik innerhalb von fünf Jahren.**

Schritte dahin müssten sein:

1. Die Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber den Steuerbehörden in Deutschland einschließlich der im Ausland verwalteten Guthaben. (Transparenz kann nur fordern, wer sie im eigenen Land praktiziert.)
2. Eine Entschliebung des Bundestages, die finanz- und steuerrechtlichen Beziehungen zu allen Ländern zu überprüfen, die in Deutschland ansässigen Bürgern und

Unternehmen Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung von Steuerhinterziehung bieten.

3. Bildung einer unabhängigen Task-Force Steuerfluchtplätze beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, die direkt dem Bundestag unterstellt ist und regelmäßig über Kapitalbewegung von und zu den Offshore-Zentren unterrichtet.
4. Androhung der Aufkündigung von Doppelbesteuerungsabkommen gegenüber den Staaten, die trotz Aufforderung zur Rechtshilfe kein Meldeverfahren gegenüber den Steuerbehörden der EU-Staaten einführen wollen.
5. Gesetz zum Verbot von Finanzgeschäften mit Banken und Fonds, die wegen ihrer Registrierung in Offshore-Zentren nicht den von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) aufgestellten Mindeststandards der Bankenaufsicht unterworfen werden.